



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

39/2011 30.09.2011

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl I 88/2011](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über den **Ausspruch des VfGH**, dass § 25 Abs 1 Z 1 und 3, § 25 Abs 4 und § 25 Abs 12 des Elektrizitätswirtschafts- und organisationsgesetzes – **EIWOG** verfassungswidrig waren

[BGBl I 89/2011](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Abschlussprüfungs-Qualitätssicherungsgesetz** geändert wird (Erhaltung der Abschlussprüfer-Qualitätssicherung durch erweiterte Behördenkompetenzen, Stärkung der Unabhängigkeit und verbesserte internationale Zusammenarbeit; „Sanierung“ im Gefolge der Aufhebung von Bestimmungen des Gesetzes und der auf seiner Grundlage ergangenen Abschlussprüfungs-Qualitätssicherungsrichtlinie mit [VfSlg 19.123/2010](#))

[BGBl II 313/2011](#)

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit, mit der die Verordnung betreffend die **Anzeige von übertragbaren Krankheiten** geändert wird

[BGBl II 314/2011](#)

Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft, Familie und Jugend, mit der die **Eichstellenverordnung** geändert wird

[BGBl III 152/2011](#)

Konvention über die **polizeiliche Zusammenarbeit** in Südosteuropa

II. Amtsblatt der EU

[ABl L 246 v 23.09.2011, 1](#)

Richtlinie 2011/72/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2011 zur Änderung der Richtlinie 2000/25/EG hinsichtlich der Vorschriften für gemäß dem Flexibilitätssystem in Verkehr gebrachte **Zugmaschinen**

[ABI L 246 v 23.09.2011, 5](#)

Beschluss Nr 940/2011/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2011 über das **Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen** (2012)

III. Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts

A. Verfassungsgerichtshof

Lotteriekonzession: Keine einstweilige Anordnung des VfGH (Dokument nicht verfügbar)

Die Lottelo GmbH hat beim VfGH den Antrag gestellt, die „öffentliche Interessentensuche“ für die Lotterie-Konzession mit einer „einstweiligen Anordnung“ zu stoppen. Der VfGH hat entschieden, dass die Voraussetzungen für eine solche einstweilige Anordnung (nach dem Unionsrecht) in diesem Fall nicht vorliegen. Dem Antrag wurde daher keine Folge gegeben. Die Interessentensuche für die Lotterie-Konzession wird durch den VfGH nicht gestoppt.

B. Verwaltungsgerichtshof

24.08.2011, [2011/06/0122](#)

Stmk BauG, VwGG; Amtshaftungsklage wegen Abweisung eines Baugesuchs im Instanzenzug; Antrag des zur Entscheidung über die Klage zuständigen Gerichts, festzustellen, dass der (negative) Baubescheid rechtswidrig ist; Begriff des „**ortsüblichen Ausmaßes von Immissionsbelastungen**“; Heranziehung von „**Richtlinien**“ bei der Beurteilung von Immissionsbelastungen; Gutachten über Immissionsbelastung für medizinische Beurteilung nicht ausreichend; von der Vorstellungsbehörde monierte Gelegenheit zur Projektmodifizierung wegen mangelhaftem Ermittlungsverfahren verfrüht

24.08.2011, [2011/06/0090](#)

Tir BauO; Einwendungen gegen nachträgliche baubehördliche Bewilligung; Anfechtbarkeit nur aufgrund der Aufhebungsgründe der Aufsichtsbehörde; Ermittlung des Urgeländes im Zusammenhang mit der Gebäudehöhe

24.08.2011, [2011/06/0069](#)

Ktn OrtsbildpflegeG; Errichtung einer beleuchteten Plakatwechsellanlage; **Störung des Ortsbilds**; Einschränkung der Sichtbeziehung auf kulturhistorisches Ensemble

06.09.2011, [2009/05/0278](#)

NÖ BauO; AVG; Einwendungen der Nachbarn im Bauverfahren gemäß § 42 AVG; Parteistellung bleibt erhalten, wenn subjektiv öffentliches Recht verletzt; Richtigkeit wird im Verfahren geprüft und ist kein Kriterium für Parteistellung

06.09.2011, [2009/05/0348](#)

NÖ BauO; Abweichungen des Rohbaus vom Einreichplan; konsenswidrige Ausführung der Dachform; diverse Einwendungen gegen den Abbruchbescheid

06.09.2011, [2011/05/0046](#)

Oö RaumordnungsG; widmungswidrige Unterbringung von Schafen auf „Grünland- Erwerbsgärtnerei“; nur Errichtung von Anlagen zur bestimmungsgemäßen Nutzung zulässig; Verwendung von Schafen zur natürlichen Düngung im Winter nicht schlüssig; unzulässige Erweiterung des Verbots auf sonstige Nutztiere

06.09.2011, [2011/05/0072](#)

AVG; Devolutionsantrag nach Verweigerung der **Akteneinsicht**; auch nach Abschluss des Verfahrens ist Akteneinsicht möglich, wenn Inhalt von Bedeutung; kein Anspruch auf Erlassung eines **baupolizeilichen Auftrags**

06.09.2011, [2008/05/0174](#)

BauO für Wien; Einwendungen der Nachbarn gegen Bauvorhaben; Überschreitung der zulässigen Gebäudehöhe durch Stiegenhaus und Aufzugstriebwerk möglich; deren Bauausführung ist nicht beachtlich; Überschreitung der Bauhöhe durch Geländer/Brüstung ist aus Sicherheitsgründen möglich

06.09.2011, [2008/05/0231](#)

Wr GebrauchsabgabeG; Widerruf einer Genehmigung für Verkaufsstand; schlüssige Begründung für verändertes Stadtbild (Praterstern) seit der Bewilligung; Behörde ist nicht verpflichtet, dem Bf **Alternativen zur Räumung** anzubieten

06.09.2011, [2009/05/0106](#)

Wr GebrauchsabgabeG; Ablehnung der Erweiterung eines **Schanigartens** wegen Verlusts zweier Parkplätze; während der EM 2008 aufgrund der Fanzone und damit anderen Verkehrsbedingungen bewilligt; **Vertreter der Wirtschaftskammer kein Sachverständiger**; Beschreibung des Parkplatzangebots in der Umgebung widerspricht **Neuerungsverbot**

06.09.2011, [2009/05/0293](#)

Wr GebrauchsabgabeG; Ablehnung der Erweiterung des Sortiments eines **Kiosks**; Flüssigkeit des Fußgängerverkehrs beeinträchtigt; **Auflagen** könnten Problem nicht lösen

06.09.2011, [2009/05/0312](#)

Wr GebrauchsabgabeG; befristete Gebrauchserlaubnis zum Betrieb eines **Schanigartens**; es besteht bereits eine unbefristete Erlaubnis für den besagten Garten für den Rechtsvorgänger; Übergang auf Rechtsnachfolger nicht vorgesehen; Bf hätte die Möglichkeit, auf ihr beantragtes Nutzungsrecht zu verzichten

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[29.09.2011, Rs C-521/09 P, Elf Aquitaine / Kommission](#)

Rechtsmittel – Kartelle – ex-Art 81 EG und 53 EWR-Abkommen – Markt für Monochloressigsäure – Vorschriften, nach denen wettbewerbswidrige Verhaltensweisen einer Tochtergesellschaft der Muttergesellschaft zugerechnet werden können – Vermutung der tatsächlichen Ausübung eines bestimmenden Einflusses – Verteidigungsrechte – Begründungspflicht

[29.09.2011, Rs C-520/09 P, Arkema / Kommission](#)

Rechtsmittel – Kartelle – ex-Art 81 EG und 53 EWR-Abkommen – Europäischer Markt für Monochloressigsäure – Vorschriften, nach denen wettbewerbswidrige Verhaltensweisen einer Tochtergesellschaft der Muttergesellschaft zugerechnet werden können – Vermutung der Ausübung eines bestimmenden Einflusses – Begründungspflicht

[29.09.2011, Rs C-387/10, Kommission / Österreich](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Freier Dienstleistungsverkehr** – Regelung eines Mitgliedstaats für **Investment- und Immobilienfonds** – Nachweis ausschüttungsgleicher Erträge – Nachweis im Wege eines steuerlichen Vertreters – ‚Inländische‘ Kreditinstitute oder Wirtschaftstreuhandler als steuerliche Vertreter

[29.09.2011, Rs C-187/10, Unal](#)

Assoziierungsabkommen EWG–Türkei – Beschluss Nr 1/80 des Assoziationsrats – Art 6 Abs 1 erster Gedankenstrich – Türkischer Staatsangehöriger – **Aufenthaltserlaubnis** – **Familienzusammenführung** – Trennung der Partner – Widerruf der Aufenthaltserlaubnis – Rückwirkung

B. Schlussanträge

[29.09.2011, Rs C-185/10, Kommission / Polen \(GA Jääskinen\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinie 2001/83/EG – Art 6 – **Genehmigung für das Inverkehrbringen** – Art 5 – Ausnahme von den Richtlinienbestimmungen für **Arzneimittel**, die in besonderen Bedarfsfällen für einen bestimmten Patienten bestellt werden – Nationale Regelung, die es erlaubt, äquivalente Arzneimittel ohne vorherige Genehmigung für das Inverkehrbringen nach wirtschaftlichen Kriterien einzuführen und in den Verkehr zu bringen – Arzneimittel aus anderen Mitgliedstaaten und aus Drittländern

C. Gericht

[27.09.2011, Rs T-30/03 RENV, 3F / Kommission](#)

Staatliche Beihilfen – Von den dänischen Behörden gewährte steuerliche Beihilfen – Seeleute, die auf im internationalen dänischen Schiffsregister eingetragenen Schiffen beschäftigt sind – Entscheidung der Kommission, keine Einwände zu erheben – **Nichtigkeitsklage** – Ernsthafte Schwierigkeiten

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

27.09.2011, AppINr [1305/05](#), *Şişman ua / Türkei*

Verletzung des Rechts auf Versammlungsfreiheit (Art 11 EMRK) sowie des Rechts auf wirksame Beschwerde (Art 13 EMRK); Disziplinarmaßnahmen gegen Mitarbeiter des Steuerbüros des Finanzministeriums wegen Anbringung eines „1. Mai-Demonstrationsposters“ an anderen Stellen als an den dafür gekennzeichneten stellt **Beschränkung der gewerkschaftlichen Tätigkeit** dar; keine Möglichkeit zur Anfechtung

27.09.2011, AppINr [29032/04](#), *M und C / Rumänien*

Verletzung des Folterverbots (Art 3 EMRK) sowie des Rechts auf Achtung des Privat- und Familienlebens (Art 8 EMRK); Vorwurf des Kindesmissbrauchs durch den Vater nicht hinreichend untersucht

VI. Veranstaltungen

[Fachtagung „Sachverstand im Verwaltungsverfahren“ am 10.11.2011](#)

Veranstalter: Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre der JKU Linz in Zusammenarbeit mit dem Amt der Oberösterreichischen Landesregierung. Donnerstag, 10. November 2011, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr; JKU Linz, Repräsentationsräume E, F und G.

Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren

Senden Sie ein E-Mail mit Ihrem Namen, Ihrer beruflichen Funktion sowie der E-Mail-Adresse, an die der Newsletter zugestellt werden soll, an oeer-aktuell@jku.at.

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerbe-recht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenbergerstraße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Wiss.-Mitarbeiter Fabian Hanz.